

Verlagspreis:
Preisjahr 18,50 RM. monatlich 1,50 RM.
Preis für den Einzelheft 1,50 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareilzeile
kostet 2.- RM. Anzeigenpreis 60 %

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonntag, den 8. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Einberufung der Nationalversammlung.

Die Reichsregierung hatte am Sonnabend eingehende Besprechungen mit den Fraktionsvorständen der Nationalversammlung.

Erhard Auer nicht auf der Liste.

Die wir zuverlässig erfahren, handelt es sich im Falle des von der Entente geforderten Auer um einen Kaiser Auer, also nicht um unseren Parteigenossen Erhard Auer.

Französische Proteststimmen.

Paris, 7. Februar. „Humanité“ erklärt: Viele Personen der alten und neuen Welt, selbst die außerhalb des Sozialismus stehen, verurteilen den Vertrag von Versailles und erklären ihn für unaufrichtig.

Englischer Widerstand.

Paris, 7. Februar. Nach einem Privattelegramm des „Journal“ aus London sagt „Daily Chronicle“:

er wisse nicht, ob die veröffentlichte Liste zutreffend sei oder nicht, aber er könne bestimmt sagen, daß, wenn die Liste stimmt, sie niemals der britischen Regierung übermittelt und von ihr genehmigt worden sei.

Selbst die Tschechen.

Prag, 7. Februar. Zu dem Konflikt zwischen Deutschland und der Entente in der Auslieferungssache schreibt das offizielle Blatt „Cesko-Slovenska Republika“:

Es kann keinen Streit darüber geben, daß es das Interesse der zivilisierten Welt ist, daß die Schuldigen tatsächlich bestraft werden.

Die Berliner Parteifunktionäre zur Auslieferung.

Eine Konferenz der Leitungsvorstände der Berliner Parteioffensivaktion, die am Freitag in den Sophienkassen tagte, beschäftigte sich neben der Erwörterung anderer Parteiangelegenheiten auch mit der Auslieferungssache.

„Der Volk“ gegen die Entente.

Amsterdam, 7. Februar. Das Organ der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Der Volk“ schreibt in einem Leitartikel:

Das sei indessen die Geschichte fast aller Verträge, die die Sieger den Besiegten aufzuzwingen. Als Frankreich 1870 (1871) die Deutschen abgemacht habe, habe es sich in einem ähnlichen Fall befunden.

Macht und Recht.

In der folgenden Betrachtung wird der Versuch gemacht, die überaus verwickelte internationale Rechtslage darzustellen, die durch die Auslieferungssache entstanden ist.

Ueber die Schritte, die die Entente unternehmen wird, um die Auslieferung zu erzwingen, herrscht überall, in den alliierten Ländern wie in Deutschland, die größte Ungewißheit.

Die Nichtauslieferung der geforderten Personen ist zweifellos eine Verletzung des Friedensvertrages. Ob diese Verletzung aus bösem Willen oder aus Unfähigkeit, sie zu vermeiden, entspringt, ist gleichgültig, entscheidend ist das Ausbleiben der Leistung, die vertragsmäßig zu erfüllen ist.

Ein Paragraph des Vertrages (§ 18 Anlage II zu Teil VIII), der wegen seiner Ungeheuerlichkeit häufig zitiert wird, besagt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, wirtschaftliche und finanzielle Zwangs- und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt solche Maßnahmen zu ergreifen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.

Es ergibt sich also, daß die Entente aus dem Vertrag nicht berechtigt ist, Deutschland wegen der Nichtauslieferung zu blockieren oder weitere Befehle vorzunehmen.

Vertragsmäßig hat die Entente infolge der Nichtauslieferung nur ein Recht, dieses aber ist unbestreitbar. Sie hat das Recht, die Befehle der jetzt besetzten Gebiete im Westen längere Zeit aufrecht zu erhalten, als dies der Fall wäre, wenn Deutschland alle Vertragspflichten erfüllte.

Der Vertrag enthält aber nichts, was die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt, der Befehle einen anderen Charakter als einen zeitweiligen zu geben, insbesondere nichts, was sie berechtigt, die Befehle zu einer Lockerung und Angliederung an einen anderen Staat zu verwandeln.

Mit diesem Beispiel ist auch schon gesagt, daß die zeitliche Ausdehnung der Befehle eine Folge ist, die im Falle einer Vertragsverletzung erfolgen kann, aber nicht erfolgen muß.

Das sei indessen die Geschichte fast aller Verträge, die die Sieger den Besiegten aufzuzwingen. Als Frankreich 1870 (1871) die Deutschen abgemacht habe, habe es sich in einem ähnlichen Fall befunden.



Kessel vor Gericht.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Vorfr.: Haben Sie sich dem Vorrat Rump gegenüber geäußert, die Geistesverwirrung vorzutauschen? ...

Vom Vorstehenden über den Verlauf des Rumpgesprächs befragt, erklärt Kessel, er könne bescheinigen, daß Kessel ihm gezeigt habe, er solle jeden Augenblick verhaftet werden. ...

Nach einer kurzen Pause wird der frühere Verteidiger Karloß, Rechtsanwalt Dr. Kessel vernommen. ...

„Karloß muß weg!“

Es erfolgt hierauf die Vernehmung des damaligen Kommandeurs der Garde-Kavallerie-Schützenbataillon, des Generalleutnants ...

Der Name des Herrn Reichswehrministers wird hier zum erstenmal in Verbindung mit dem Hauptmann Kessel gebracht. ...

Kessel als Weineidhelfer.

Um 24 Uhr nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet. Der erste Zeuge ist Leutnant Wehmeyer. ...

Darauf wird der Zeuge Journalist Stasch über den Zusammenstoß zwischen Rump und Kessel während des Karloß-Prozesses vernommen. ...

Oberleutnant Hofmann als Zeuge.

Nach Vernehmung der drei Pressevertreter wird der Zeuge Oberleutnant Hofmann aufgerufen. ...

und zu ihm selbst geäußert, er sehe es gern, wenn Karloß weginge. Kessel handelte darin im Einvernehmen mit ...

Karloßs „Gentian“.

Auf Befragen des Vorstehenden berichtet der Zeuge noch über ein Abkommen, das mit Karloß getroffen worden war, wonach diesem monatlich 2000 bis 3000 M. ausbezahlt werden sollten. ...

Der Zeuge erzählt weiter zur Frage des Kurlaubgesuches: Kriegsgerichtsrat Meyer habe ihm bei einer Vernehmung gesagt, er habe schon viel in seiner Praxis erlebt, aber der Brief wäre doch wirklich sehr geschickt. ...

Weitere Zeugenvernehmungen bringen nichts wesentlich Neues. Nach der Pause wird als Zeuge Hauptmann v. Steuben, früher beim Stabe der Brigade Reinkardt, vernommen. ...

(Schluß auf der 8. Seite des Hauptblatts.)

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, EMPFEHLENSWERTE BÜCHER

Interessante Neuerscheinungen:

- Das erste Friedenslexikon: Meyers Handlexikon ... Geb. M. 19,-
Arno Holz: Das ausgewählte Werk ... 24,-
H. Walbrandt: Sozialismus ... 18,-

Geschenkwerke für Konfirmanden, Bibli-theken usw.

- Obermaler: Der Mensch der Vorzeit. Eleg. geb. m. 144 Abb. 592 S. M. 24,-
Birkner: Die Fass- und Völkler der Menschheit ... 57 550 21,-
Wagner-Baumgarten: Helios ... 405 676 18,-

Eigene Verlagsausgaben:

- Kommentar z. Betriebsarbeitsgesetz bearb. v. Dr. Platow Geb. M. 8,-
Führer durch das Reichsrecht, v. Herrn Müller ... 1,3
Conrady: Reichs- und Kommunalrecht ... 13,-

Briefliche Bestellungen von sozialistischer, belletristischer und Fachliteratur finden prompteste Erledigung. Besuchen Sie unsere Verkaufsräume!















# Jandorf

Belle Alliance Str. - G. Frankfurter Str. - Brunnen Str. - Kollbuser Damm - Wilmsdorfer Str.

Unter-  
taille  
aus Stickerelstoff  
mit Stickerelansatz  
14.75



**Flotter Übergangshut**  
aus Kunstseide,  
mit schwarzer Ziernadel ..... 59.00



**Flotter Übergangshut**  
aus Kunstseide, in schönen  
dernen Farben ..... 54.00

- ### Kurzwaren
- |                                  |                                |
|----------------------------------|--------------------------------|
| Lockennadeln .. Paket 20 Pkt     | Wäscheknöpfe besponn. 35 Pkt   |
| Haarnadeln ..... Paket 15 Pkt    | Dutzend                        |
| Stecknadeln ..... Dutzend 25 Pkt | Hosenknöpfe (Patent) 40 Pkt    |
| Nähnadeln ..... Dutzend 15 Pkt   | Dutzend                        |
| Sicherheitsnadeln 60 Pkt         | Druckknöpfe 3 Dutzend 15 Pkt   |
| sortiert ..... Dutzend           | Miederband ..... Meter 75 Pkt  |
| Stiefelsenkeln ..... Paar 1.45   | Halbleinenband Stück 1.95      |
|                                  | Rolloschnur ..... Stück 50 Pkt |

**Damen-Frühjahrs-Paletot** In vielen Farben, mit modernen Taschen u. reicher Knopfgarnitur 168.00

- ### Veisswaren
- pskragen in Form mit Knöpfchen ..... 13.75
  - aschripskragen Rosenform mit Knöpfchen garniert 13.75
  - lusenkragen leifarbig mit schwarzem Ziernadel 14.90
  - atrosenkragen Waschtüts, mit Hohlsaum ..... 19.75

- ### Parfümerien
- |                                |                                   |
|--------------------------------|-----------------------------------|
| Zahnpasta ..... Glas 95 Pkt    | Rasier-Apparate... 7.50           |
| Zahnpulver ..... Dose 45 Pkt   | Rasier-Klingen..... 45 Pkt        |
| Lavendel Wasser fl. 2.75       | Waschpulver .... Paket 30 Pkt     |
| Toilette-Essig .. Flasche 2.95 | Pulzwasser .. grosse Flasche 1.95 |



**Jugendl. Übergangshut**  
aus Kunstseide,  
frische Form ..... 58.00

JANDORF JANDORF JANDORF

### Glyzerol

schuhcreme  
Überall erhältlich  
schwerfste Qualität!

n. Fabr. „GLYZEROL“ G.m.b.H.  
Berlin NO 18 - Palisadenstraße 77

### Weisslack Möbel

in Bouillottes, Schloß, Kammern, Hallen und Dienen.

Louis XVI. Schlafzimmer  
Joseph Dreyfuß  
Kurfürstendamm 213  
Steingasse 83 k.

### ORIENT-TEPPICHE

REINHARDT VON OETTINGER  
BERLIN W. 9 - BUDAPESTER STR. 2

### BIOX ZAHNPASTA

mit Sauerstoff-Wirkung  
nach Hofrat Dr. Zucker

WIEDER DA

### Teetische

in Holz und Metall  
Große Auswahl  
Aperte Muster

P. Raddatz & Co.  
Berlin W. 4 - Leipziger Str. 123 1/2

### Trauringe

Dukatengold 900  
14 kar. Gold 585 gestempelt  
8 kar. Gold in all. Preislagen  
Verkauf direkt an Privat  
Goldwaren-Fabrik

Weinstock G.m.b.H.  
Centrale: Mohrenstr. 16 am U.-Bahnhof  
Friedrichstraße  
Lützowstraße 14a, Kollbuser Damm 24,  
Plothenburg, Stuttgarter Platz 5, Tauentzienstr. 6,  
Schöneberg, Grünwaldstraße 15.

Achtung! Geöffnet von 9-6. Kein Laden!

### Eiserne Oefen

aller Systeme,  
Transportable Kachelöfen,  
Kochherde,  
Gaskocher,  
Waschkessel,  
verzinkt und emailliert,  
liefert vom Voger

F. H. Max Lademann,  
G. m. b. H.  
Berlin SW. 19, Seydelstr. 12/13.

### Reichelt

Lebensmittel  
60 Zweig-Geschäfte.

### Zähne

von 3 M. an  
in Farbe genau wie die im  
Munde stehenden,  
echter Edelsteinanstrich,  
Kronen von 30 M. an.

Plomben L. Gold, Silber,  
Verguldet.

Brückenarbeit, fest platiniert,  
losterlos, jeder Teil  
für Patienten, die das Tragen  
einer Platte im Munde über  
alle Arbeiten werden im  
eigenen Laboratorium in elek-  
trischen Betrieb ausgeführt  
Umarbeiten schlechtig Gebisse,  
Plombaturen sofort, Anstrichen  
nach althergebrachter Methode.  
Sprechst. 9-12, 2-7, Sonntags  
11-12 Uhr.

Zahnatelier Robert,  
Brunnengasse 4.

### Emmler's

Möbel-Fabrik  
5.59.

Soche Zimmer  
Herren-Zimmer  
Schlaf-Zimmer  
Wohn-Zimmer  
Küchen  
in allen  
Preislagen.

### Platin

Gold, Silber, Münzen und Bruch,  
Reinplatin, Kontakte, Schmuck-  
gegenstände, Silberbestecke, Queck-  
silber kauft höchstzahlend jeden Posten

Edelmetall-Einkaufsbureau  
Heinrich Trapp,  
Königsplatz 29 J, II. Et. (Bsp. 8720.)

### Zigaretten

türk., engl., amer.  
Lagerbesuch sehr  
lohnend.

Nur Selbstverbr. u. Gäste.  
M. Dessen, Berlin,  
Alexanderplatz 4, 1. Trepp.,  
am Untergrdan. 9-6 Uhr.

Arztbürogan (off. gesch.) stellt  
in 2000 entzogl.  
Beilbeut) u. z. n. ohne  
Verursachung 10000000  
berühmt. 3000000 über 1000  
ber. 2000. Preise Verleumd.  
angl. 500000. Bochum 224  
Berlin N. 1. A. Gauß,  
Schönhauser Allee 27.

### Ankauf Juwelen

zum heutigen hohen Kurs

Margraf & Co. G.m.b.H.  
Kanonierstr. 9

### Speisezimmer

Speisezimmer, Schlafzim-  
mer, Salonanrichtungen,  
Küchen, Leder- u. Bedellu-  
Anlagen, Möbel, Glas-  
waren, Porzellan, deutsche und  
andere Teppiche, Vorhänge,  
Schiffelungen, Tischdecken  
in reich großer Auswahl  
zu enorm billigen Preisen.

Hans Lennert,  
Möbelhaus für Gelegen-  
heitskäufe,  
Rathenauer Str. 20,  
Rosenthaler Platz.

Ein wohlschmeckendes und leicht verdauliches  
Nährmittel  
aus Eigelb und Milch gewonnen  
ist Dr. Hoffbauer's (ges. -sch.)

### LECITHIN-EIWEISS

(3% Eigelb-Nervstoff und 95% Milchweiß enthaltend)

Ueberraschende Erfolge bei all-  
gemeiner Körperschwäche, Unter-  
ernährung, Nervosität, Blutarmut.

100 Gramm 7.75, 1/2 Pfd. 12.50, 1 Pfd. 26.- Mark.

Allgemeine Verkaufsstelle Eleanten-Apotheke, Berlin 212,  
Leipziger Str. 74, gegenüber Dönhofsplatz, Zentrum 7192

### Prozesse

Rat, Beistand, mäßige Preise. Teil-  
zahlung, Ehe, Alimenten-, Straf-  
sachen, Eingaben, Gnadengesuche,  
Scheidungs- u. Erbschafts- u. b. H.  
oderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber  
9-7) Glanz. Erfolge Beobacht. Sonnt 10-1

### Berliner Sitzmöbel-Industrie

G. m. b. H.,  
Berlin C2, Neue Promenade,  
Eckhaus am Bahnh. Börsen.

### Klubsessel!

Eigenes erstkl. Fabrikat  
Lagerbesuch erbeten!

### Kaufe Platin-Gold-Silber

Barren: Münzen: Schmuck: Zahngold: Bruchgold

Barren: Münzen: Abfälle: Bestecke: Löffel

Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903

### Metallkontor

Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 139, Haefesch. Tor  
Geschäftszeit: 9-5 Uhr. Telefon Mpl. 128 58.  
Telegraphen-Adresse: Metallkontor Berlin SW 68.

Eigene Schmelze - Direkte Verwertung.

### Isolierter Kupferdraht

Litzen und Wachsdraht,  
kauft höchstzahlend

ingenieurbureau Schlichtner  
Berlin W. 9, Linkstraße 19  
Tel. Lützow 1705 und 4514

### Alte Gebisse

Bahn 12-100 21. Beinahe alle  
kauft überauser Weidenburger  
Straße 32. Nach Sonntags.

### Möbel

Besonders in 4 Etagen!  
Moderne Speisezimmer  
Schlafzimmer  
Hochzimmer  
Wohnzimmer  
Küchen

Lieferung frei Haus  
Auf Wunsch Teilzahlung!

Möbel-Haus  
A. DAMITT  
Rosenthaler Str. 46/47

### Gute Möbel

solide, geschmackvoll, billig,  
sowie komplette Wohnungs-  
Einrichtungen  
kauft der Kenner  
am besten direkt beim Tischlermeister

### Julius Apelt

Berlin SO., Adalberstraße 6  
am Kollbuser Tor.

## Kirche und Elternbeiratswahlen.

Von Paul Wehrich.

Ich erhalte von einem Geistlichen — Name und Ort sind gleichgültig — folgendes Schreiben:

Gefallen Sie bitte, daß ich Ihnen zu Ihrem Artikel im „Vorwärts“ heute früh (4. Februar) einige Anmerkungen überfende. Sie prägen das häßliche Wort, daß die Kirche die Geschäfte der deutschnationalen Partei und dazu noch in verkappter Form besetzt. Wie wollen Sie das eigentlich beweisen? Wissen Sie denn nicht, daß die Eltern unserer Gemeindedochter durchweg der werktätigen Bevölkerung angehören und politisch fast reiflos der S. P. D. oder U. S. P. angegliedert sind? Ich lade Sie ein, mit mir durch meine Arbeitergemeinde hindurchzugehen. Da müßten Sie halt viele Laternen anzünden, um einen einzigen deutschnationalen aufzufinden. Sehen Sie wirklich unteren Verhältnissen so — Lebensraub gegenüber?

Wenn Sie eine konfessionelle Differenzierung vorziehen, so stimme ich Ihnen in diesem Punkte durchaus zu. Wollen Sie aber etwa leugnen, daß die Auffassung einer unpolitisch-christlichen Gruppe eine Scheidung nach den von Ihnen selbst empfohlenen Gesichtspunkten darstellt? Warum dann der durch nichts gerechtfertigte Ausfall gegen die Kirche, der lediglich eine hasserfüllte Seele offenbart? Voreingenommenheit trägt die Sachlichkeit. Sie vergessen vollkommen, daß religiöse Bedürfnisse in der Menschheit der Menschen vorhanden sind und diesem Umstand allein hat die unpolitisch-christliche Gruppe die erfreulichen Wahlergebnisse zu verdanken.

Ich bitte Sie, nicht so intolerant zu sein und Ihre eigene, welche religionslose Bestimmtheit als die Norm hinstellen zu wollen. Oder sollte es Ihnen unbekannt sein, daß nur die allerwenigsten Schüler, etwa 3 Proz., dem Religionsunterricht nicht mehr angehören? Nachdem aus den Kreisen der Eltern die Aufforderung an uns ergangen war, mitzuwirken, daß Ihren Kindern der Religionsunterricht er-ich selbst habe die Ehre, mich Ihnen als Stifter der unpolitisch-christlichen Gruppe vorzustellen. Dabei siehe ich auf — sozialistischer Grundlage! Und wenn Sie sich die Mühe machen wollten, unsere Listen zu studieren, so würden Sie noch mehr sagen; ich glaube, auf allen Listen können Sie in Klasse S. P. D. und U. S. P. Mitglieder finden. Wir haben nach der politischen Zugehörigkeit nicht gefragt. Vielmehr ging ich von dem Gedanken aus, daß uns Männer und Frauen aus allen Parteien willkommen sind, sofern sie sich auf dem Boden der christlichen Weltanschauung zusammenschließen. — Vielleicht dürften diese Mitteilungen beitragen, irrtümliche Anschauungen zu zerstreuen. Im übrigen bitte ich Sie, nicht wie zu sein, falls für Ihre Obhut allzuviel Groll aus diesen Zeilen herausragt. Aber die schiefen Urteile, die Sie durch den „Vorwärts“ in die Welt hinausschicken, erschweren uns sozialistischen Geistlichen die Arbeit immer mehr. Und unsere Stellung ist schwerer: von der Kirche verurteilt, von den Genossen verkannt und vom „Vorwärts“ totgeschwiegen.

Diese geraden Worte verdienen, weil sie ein allgemeines Problem ansprechen, eine Antwort.

Unsere Parteigenossen haben an den meisten Orten, feststellen müssen, daß die Kirche zuerst, ohne die Aufforderung der Eltern abzuwarten, in die Agitation für besondere kirchliche Listen, die man als „unpolitisch“ etikettierte, eingetreten ist, weil angeblich die religiöse Unterweisung und Erziehung der Jugend gefährdet sei. Es liegt hier ähnlich, wie mit den Petitionen mit den Tausenden von Unterschriften, welche die Geistlichen für die Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule in Umlauf setzten: die Eltern

unterschieden aus dem ihnen angebotenen Respekt, aus Gehorsam gegen die Geistlichen. Ich habe selber beobachten können, wie Geistliche Schulkinder mit solchen Unterschriften durch die Häuser schickten. Die Unterschriften wurden dann häufig geleistet, um die Sache loszuwerden. Es war eine kostenlose Kollekte und viele scheuten bei einer solchen öffentlichen Zurechtweisung immer noch das Odium des Auffallens durch Verweigerung. Solche Art geistigen Ueberfalls, der Ueberzeugungsbergung, sollte als unfittlich verpönt sein.

Diese ganze Kirchenparade ist — bewußt oder unbewußt — unehrig. Niemand — kein wirklicher Sozialist — denkt daran, einen Volksgenossen in seinen religiösen Ueberzeugungen zu kränken, einem jungen Weib die religiöse Unterweisung zu nehmen, so sehr darin schließlich der Einfluß des vorbildlichen beispielhaften Lebens der Erwachsenen das Entzündende sein sollte. Aber wir wollen nicht, daß das kind „religiös“ unterwiesen werden muß, daß in ihm in einem Zwangsunterricht, der dann den lebendigen Realunterricht in der heiligen Abbitung übersteigen kann, zwangsweise „religiöse Kenntnisse und Anschauungen“ (vor „Glauben“) erzeugt werden sollen!

Das Bedürfnis nach Liebe, nach sittlicher Autorität, nach aufrichtiger Gemeinschaft ist im Volke lebendig, und diese Quellen, die jetzt angstvoll durch die Steinwälle des von der Sozialdemokratie nicht verschuldeten wirtschaftlichen Zusammenbruchs sichern, leiten die Geistlichen immer wieder in ihre Kanäle der Tradition, auf ihre Mühlen der Kirchen — statt der Liebe Herrschaft. Mag je die religiöse Ueberzeugung mit der Zustimmung und nach dem Wunsch der Eltern in den Kindern gepflegt werden, aber gerade die Differenzierung auf diesem Gebiet zeigt, daß hier nicht das Gemeine infame liegt, daß auf diesem Felde nicht die Säule des Volkes, des ganzen Volkes erbaut werden kann. Die Schule soll dem Kinde auch Religionskunde bieten, für den konfessionellen (dabei doch noch wieder je nach dem „orthodox“ oder „frei“ gefärbten) Unterricht ist sie nicht zuständig. Ich trete dafür ein, daß man für diese Unterweisung einen Wochentag schulfrei geben sollte. Das jetzt, kaum 3 Proz. dem Religionsunterricht nicht mehr angehören“, belagt gar nichts. Wir Lehrer wissen, wie Geistliche, Schulleiter, Lehrer auf die Eltern und die Kinder gegen die Befreiung einwirken, offen und „verkappt“, wir wissen, wie groß die innere Reibung gegen innere Umstellungen ist; seien Sie nicht stolz auf die Anhängererschaft der Indifferenten und — der vielen, die, weil sie die Idee religiöser Sittlichkeit gar nicht begreifen, es nicht mit Gott verderben wollen, eine Art Rückversicherung eingeben: „Man kann nicht wissen!“

Die Kirche arbeite nicht „verkappt und deutschnational“? Haben Sie die Jahrzehnte verschlafen, Herr Pastor? Wissen Sie nicht, wie die große Mehrzahl der Geistlichen Diener des „Staates“, d. h. der herrschenden Klassen, des Monarchen, der Junker, des Kapitals, des Militarismus war, wie sie die Bibel ausdeuteten, um Waffen gegen die „vaterlandslose“, „eigentumsfeindliche“, „staatsgefährliche“ Sozialdemokratie zu schmieden. Wer ein alter Agitator ist, kennt den staatsverhättnis gemäßigten Gegner mit dem jatten Brutton der Ueberzeugung, der den Konserverfabriken die Geschäfte bei der Dorfbevölkerung besorgen mußte. Und während des Krieges? Mit Grauen habe ich die „Kriegsprediger“, die Botensdonnerer des „deutschen Gottes“, die Blutherber und Durchhalter, auf den Kanzeln erlebt. Wo war da Christus? Bei uns Passanten!

Daß Sie uns, daß Sie mit der „Religion“ absprechen, daß sehe Ihnen hin. Ich bin aus der besten-ernten Staats-

Kirche ausgetreten, weil mir Symbole tot sind und allein die lebendige Hingabe an die Menschheitsliebe einen Lebenssinn gibt. Wenn Sie den „religionslos“ nennen, der von Ideen so befreit ist, daß er ihnen alles opfert: „Geld“, „Aube“, „Gehalt“, dann seien Sie stolz auf die Gesellschaft der vielen „unpolitischen“ Pastoren, die nur jetzt in Versammlungen antagegengraten, die alle die Fehler der Kirche zugeben, die alle „Ausnahmen“ sein wollten, die alle monarchistisch und deutschnational regierten, wenn man sie so weit reizte, daß sie bekennen mußten. Und alle diese Leute betreten „unpolitische“ und „Einigungslisten“, sie alle wollten alle „Unterschiede beseitigen oder vereinigern“ — ein logischer Kontens! Ich fühle mich in der Gesellschaft des „Arbeitsnichts“, von August Bebel, von all den Duldbären und Stumpfen für eine sozialistische Gesellschaftsgestaltung sehr wohl. Ich glaube: sogar Christus, wenn er jetzt über die Erde wandelte, müßte vor dem Haß der Dogmatiker, der Nationalisten, der herrschsüchtigen Kirchendiener zu uns Leuten mit den „hoch-erfüllten Seelen“ flüchten. Er vertrieb ja auch mit „hoch-voller“ Geißel die Wechler aus dem Tempel!

Sie mögen es schwer haben als sozialistischer Geistlicher! Aber auch wir sozialistischen Lehrer mit ehrlicher Hingabe wandeln durch die Wüste, zwischen Menschen mit hochmütiger Erstarrtheit, mit hoherer Ablehnung des Neuen, mit einem „Christentum“ pharisäischer Unbühlerigkeit. Und doch müssen wir durch diese Wüste hindurch oder in ihr zugrunde gehen. Wir müssen uns auf offenen Kämpfende Liebe einstellen und dann uns trösten: Niemand kann mehr tun, denn sein Leben hingeben für seine Sache!

Und da erhebt sich unser Vorwurf gegen die Leute Ihrer Ueberzeugung: Sie können doch nicht mit der alten Kirche, mit der Kirche einverstanden sein! Wie können Sie also alle Differenzen, alle Sauberkeit des geistigen Kampfes so erkränken, daß Sie eine Schlachtreihe „christlich-unpolitisch“ mit den starren Fronten bilden? Niemand würde Sie angreifen, wenn Sie Listen „christlich-sozialistisch“ oder „freie christliche Kirche“ oder „für die christliche Volksgemeinschaft“ oder „für Trennung von Kirche und Staat“ aufgestellt hätten, daß die kirchliche Reaktion sich deutlich abgehoben hätte von der wahrhaft christlichen Toleranz.

Sie aber wandern mit allen „Christen“ zusammen, Sie geben die Schulreform im Programm aus Angst um das bischen toten Religionsunterricht preis, Sie richten durch die Verkoppelung unserer Parteigenossen mit den berüchtigten Renommierarbeiten der Gelben und Konserverfabriken erheblichen Schaden für die Partei an und schädigen damit die geistige wie die materielle Volksbefreiung. Ich glaube, Sie wissen das alles nicht, weil Sie weit- und kampfesfreudig sind. Sie werden hinterher merken, daß mit Ihrer bunten „unpolitischen“ Schar schulfreier nichts zu erreichen ist, denn Sie eintzig ja nur das Negative, die Ablehnung gegen, die Furcht vor uns! Und in solcher Schar sind dann die Aktivistin und Zielbemühten — und das sind in Ihrem Mißmaß die deutschnationalen, monarchistischen Pastoren und ihre Parteigänger — immer die Stärksten, sie setzen sich durch! Wer verdächtigt Euch sozialistischen Pastoren in der Partei zu arbeiten? Deshalb geht Ihr nicht in deren Listen, falls schon keine nach Schulzielen zustande kommen? Dann würdet Ihr für die Schulreform wirken und könntet nebenbei alles für die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses tun, jetzt aber zerreiht Ihr die Partei, stellt die Kirche an die erste Stelle und läßt Euch selbst in Eurem sozialistischen Wollen! Ich fürchte, ich bin überzeugt, daß die Stunde kommt, wo Ihr Euch reuig anlagt: Du hast es gewollt, George Dandin! — oder — Ihr verfinck in den reaktionären Sumpf.

# RUDOLPH HERTZOG

## BERLIN C 2

Breitestrasse 105 Brüderstrasse

### Ausstellung neuer Modelle in allen Preislagen für Frühjahr u Sommer

1 9 2 0

### Beginn 9. Februar

**TULWEIT**  
ZU SEHEN BER WELCH BESCHRIE  
STIE AM HALLSCHEM TOR  
BLONNERSTR. 12

## Ihre Zukunft

hängt in erster Linie von Ihren Augen ab; darum versäume niemand, frühzeitig seine Augen richtig prüfen zu lassen. Diejenigen, welche besonders schlecht sehen und nirgends ein ihnen zusagendes Glas erhalten, sollten ihre Augen im Institut des Optikers Tulweit, Bischofsstr. 12, durch Physiker Gosselt untersuchen lassen. Seine langjährigen Erfahrungen u. seine besondere Untersuchungsmethode verbürgen auch in den schwierigsten Fällen gute u. richtige Augengläser.

Die Untersuchung ist kostenlos / Geschäftszeit 9—6 Uhr / Bitte genau auf Straße und Hausnummer achten.



Stöckel. Graf Reventlow will jedem Norddeutschen Straffreiheit zusichern, der seinen Dolch auf irgendeinen zückt, der irgendwie von der „Deutschen Tageszeitung“ oder der „Täglichen Rundschau“ als Verräter bezeichnet wird. Eine andere Art der Mordtat oder Vortunforschung kann es ja bei dieser allgemeinen Mordfreiheit nicht geben. Nun, auf Grund der Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ und „Täglichen Rundschau“ müßte heute schon der erste Reventlowische Mörder in der Redaktion des „Vorwärts“ erscheinen.

Er kann sich darauf berufen, in der „Täglichen Rundschau“ von heimlichen Verräterabsichten des „Vorwärts“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ von „Interesse des „Vorwärts“ für Volkverräter gemeinsamer Sorte“ gelesen zu haben. Graf Reventlow hat uns damit selbst in dankenswerter Weise bestätigt, wohin sein Vorschlag führt.

### Neue Beschlüsse für die Ernährungswirtschaft.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium beschloß heute am Sonnabend mit den von der Ernährungsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums aufgestellten Plänen für das Jahr 1920. Eine Uebereinstimmung wurde dahin erzielt, daß die Anrechteerhaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide bis auf weiteres unbedingt notwendig sei; auch der Hafer soll wieder in die Zwangswirtschaft einbezogen werden. Ebenso konnte man sich der Ansicht nicht verschließen, daß an eine Freigabe der Kartoffeln vorläufig nicht zu denken sei. Ferner wurde die Festlegung von höheren Mindestpreisen als notwendig anerkannt. Ueber ihre Höhe sowie über die Art, wie die Bewirtschaftung der Kartoffeln erfolgen soll, werden noch weitere Verhandlungen geführt werden. Der Wirtschaftsrat wird in seiner neuen Sitzung am 13. Februar endgültig dazu Stellung nehmen.

### Ein schlechter Ausklang.

Die Preussische Landesversammlung hat in ihren Beratungen wieder einmal 8 Tage Pause gemacht, damit der Ausbruch für die Schaffung Groß-Berlins inzwischen den Gelegenheitstest stellen kann. Aber nach kurz vor der Verlegung hat sich ein Zwischenfall ereignet, der auf die Unsicherheit der gegenwärtigen politischen Lage ein helles Licht wirft. Der Landesversammlung ging ein Antrag zu, der Aussetzung der Wahl der Elternräte und Vorberatung der einschlägigen Verfügungen im Unterrichtsausschuss fordert, und dieser Antrag, der in seiner Formulierung scharfe Töne gegen den Kultusminister enthielt, war unterzeichnet von sämtlichen bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschen Nationalen. Zum ersten Male in der fast einjährigen Tagung der Landesversammlung hat sich ein bürgerlicher Block gegen Regierung und sozialistische Parteien gebildet. Man muß erwarten, ob er zusammenhält — in einer anderen Frage, bei der Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke, wurde eine ähnliche Gruppierung, als sie sich zu bilden drohte, durch Abspaltungen so geschwächt, daß sie die Mehrheit verlor.

### Der Schneidemühlener Attentäter zum Tode verurteilt.

Schneidemühl, 7. Februar. Der Urheber des Eisenbahnattentates, dem der D-Zug Schneidemühl-Berlin zum Opfer gefallen ist, mit der Folge, daß 18 Passagiere getötet und 26 verletzt wurden, Otto Perleberg, der den Anschlag in Gemeinschaft mit den beiden russischen Arbeitern Wohezel und Jassjowski verübt hat, ist heute vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden.

### Die „Deutsche Zeitung“ verboten.

Der Oberbefehlshaber Koske erläßt folgendes Verbot: In schwerster Stunde unseres Landes gefährdet die „Deutsche Zeitung“ die Ruhe und Sicherheit des Reiches in bedenklicher Weise, indem sie in der Nr. 69 vom 7. d. M. die unwahre Behauptung aufstellt, die Regierung beabsichtige einen Staatsstreik. Ich verbiete deshalb das Erscheinen des Blattes für die Dauer von acht Tagen.

### „Ein irrfinniger Geselle...“

Bremen, 7. Februar. Durch Verordnung des Befehlshabers als Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich der Reichswehrbrigade 10 ist Druck und Vertrieb der hier erscheinenden Zeitung „Der Kommunist“ wegen zweier Artikel zum 4. Februar und „Ein irrfinniger Geselle, Gustav Koske“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

### Unzulässige Zwangsvollstreckung gegen Helfferich.

Die Zwangsvollstreckung aus dem Strafbeschlusse des Untersuchungs-Ausschusses gegen Staatsminister Dr. Helfferich ist, wie die P. P. R. erfahren, auf neuem Wege abgewendet worden. Bekanntlich hatte der Untersuchungsausschuss, um eine Grundlage für die Zwangsvollstreckung zu gewinnen, den Strafbeschluss an Staatsminister Dr. Helfferich durch Vermittlung des Amtsgerichts Berlin-Witte zustellen lassen. Hiergegen hat der Rechtsanwalt Dr. Alberg namens seines Mandanten Beschwerde beim Amtsgericht Berlin-Witte erhoben, das ihn, da es sich um eine Beschwerde gegen einen Rechtsjustizfunkt handle, an das Kammergericht verwies. Das Kammergericht stellt sich dagegen auf den Standpunkt, daß nicht Rechtsjustiz, sondern Amtshilfe gegeben sei und daß es deshalb nicht in der Sache entscheiden könne. Rechtsanwalt Dr. Alberg wandte sich darauf mit einem Antrag an das Amtsgericht, in dem er forderte, die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung aus dem Beschlusse des Untersuchungsausschusses gegen diesen Antrag ab. Auf Beschwerde des Mandanten Dr. Alberg gegen diesen Beschlusse hat nunmehr das Landgericht I die Zwangsvollstreckung aus dem Beschlusse des Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 10. 12. 19 durch das Amtsgericht für unzulässig erklärt, da dem Verteidiger darin beigetreten sei, daß die Zustellung des Strafbeschlusses, weil von einem unzuständigen Organ vorgenommen, rechtsunzulässig sei. Eine Zwangsvollstreckung aus diesem Beschlusse sei danach nicht zulässig.

### Kleine politische Nachrichten.

**Ausnahmezustand auch in Sachsen.** Die am 13. Januar für das Reich mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden erlassene Verordnung über den Ausnahmezustand ist inzwischen im Einverständnis mit der sächsischen Regierung auch auf das Gebiet des Freistaates Sachsen ausgedehnt worden.  
**Von Frankreich empfohlen.** Der französische General Vicat empfiehlt seinen Kollegen Ludendorff als Direktor für Deutschland. Die „Arbeitszeitung“ drückt das mit Wärme ab. Ueber die Auslieferung an Frankreich schreibt man Schmidt und Schöndel, aber ein von Frankreich empfohlenes Direktor für Deutschland, soll es nur Albin Kohn sein. Darüber sagt die „Arbeitszeitung“ mit sich reden!

## Kessel vor Gericht.

(Zuletzt aus der 1. Beilage.)

Rechtsanwalt Alberg; Pfarrer Rump hat da schon eine hochinteressante Mitteilung gemacht. Er sagt genau das Gegenteil von dem, was Wehmer ausgesagt hat. Es bestehen also nun zwei Möglichkeiten; entweder hat Wehmer den Brief an Herrn v. Kessel überbracht, und dann ist sein Verhalten verständlich, oder er hat den Brief nicht überbracht, dann handelt es sich um eine Täuschung des Zeugen. — Es wird dann der Major a. D. Gottlieb Weber, derzeit Oberst der Sicherheitspolizei in Ostpreußen, vernommen: Ich habe den Hauptmann v. Kessel als einen tüchtigen Mann kennengelernt, der alles auf sich nahm. Wenn es galt, eine Straße zu säubern oder Verbrecher zu fassen, immer war es Kessel, der heran mußte. Er hat es nicht um den Lohn getan oder aus politischen Motiven, sondern er hat ebenso wie ich um seinen künftigen Sold gearbeitet. Auch ich habe jeden K. S. P. Mann geschickt, der mich um Schutz ersuchte. Wir wurden von verschiedenen Seiten für die Sicherheitspolizei Beiträge überwiesen. Ich habe etwa 200 000 bis 300 000 M. Ich habe Kessel, der mir einmal sagte, daß seine Leute 14 Tage lang nicht aus den Kleider herausgelassen seien, einen Betrag als Belohnung für seine Leute überreicht. Er konnte mit dem Gelde machen, was er wollte. Ich habe an alle Polizisten derartige Belohnungen verteilt, imgesamt 20 000 bis 30 000 M. Eines Tages sagte mir Kessel: Herr Oberst, ich brauche etwas mehr Geld.

Ich muß Marlos wegbringen. Ich glaube damals noch, daß Marlos bei den Vorgängen in der französischen Straße recht gehandelt habe. Kessel sollte mir jedoch, Marlos habe unschuldig erschossen; aber ich muß für ihn sorgen. Ich bedauerte die Handlungsweise Marlos und gab Kessel 4000 bis 5000 M. — Bericht: Hat sie Kessel um 150 000 M. oder mehr angegangen. — Zeuge: Nein. Auf Verhalten des Beschuldigten erklärt der Zeuge, daß er nicht weiß, ob andere Dienststellen Gelde für Marlos bereitgestellt hätten. — Major Eberhard v. Odenburg von der Sicherheitspolizei tritt ebenfalls für den Angeklagten ein.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet. Sodann erfolgt über die Verteidigung einiger Zeugen eine Kontroverce zwischen Anlagerevertreter und Verteidigung. Kriegsgerichtsrat Ullmann lehnt die Verteidigung der Leutnants Hofmann, Wehmer und Marlos auf Grund des Paragrafen 106 Absatz 3 ab, da sie der Begünstigung verdächtig oder bereits verurteilt sind wegen Beihilfe zur Flucht. Man könne beim Pfarrer Rump im Zweifel sein. Nach rechtlichen Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalts Alberg und des Anlagerevertreters formuliert der Vorsitzende wie folgt:

Der Anlagerevertreter beantragt, die Zeugen Hofmann, Wehmer und Marlos auf Grund des § 106 Absatz 3 der W. Str. G. O. nicht zu verurteilen, da Hofmann und Wehmer der Teilnahme an der zur Verurteilung gehörenden Tat verdächtig seien und Marlos wegen unerlaubter Aneignung Kriegsgeräts verurteilt ist. Der Anlagerevertreter beantragt die Verteidigung des Pfarrers Rump und des Leutnants Bedurth.

Die Verteidiger widersprechen der Verteidigung Rumps, gemäß des obigen Paragrafen, da Rump hinsichtlich der zur Verurteilung gehörenden Tat als der Zeilnahme verdächtig erscheint. Die Verteidiger behalten sich vor, im Maßstab weitere Beweisanträge bezüglich des Glaubwürdigkeit des Pfarrers Rump zu stellen. — Rechtsanwalt Alberg: Ich bitte, Rump nicht zu verurteilen, da er auch der Begünstigung verdächtig ist. — Die Verteidiger schließen sich dem Antrag des Anlagerevertreters auf Nichtverurteilung der Zeugen Hofmann, Wehmer und Marlos an. Darauf zieht sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach anderthalbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes:

### Beschluß des Gerichts:

Leutnant Wehmer wird nicht verurteilt, da er nach § 106 Absatz 3 der W. Str. G. O. nicht verdächtig erscheint. Aus demselben Grunde wird Oberleutnant Hofmann, Oberleutnant Bedurth und Oberleutnant Marlos nicht verurteilt. Pfarrer Rump ist zu verurteilen. Hauptmann Papp soll durch Kriegsgerichtsrat Erhard auf Grund des § 106 kommissarisch vernommen werden, und zwar über folgende Punkte:

1. Ob der Angeklagte vor dem 1. Juni mit Wissen Koskes, des Generalkommandos Wittmoß und der Garde-Kavallerie-Schäzgendivision informiert war, daß der Marlos-Prozess nicht stattfinden sollte.
2. Daß er dem Angeklagten von der bevorstehenden Verhaftung Marlos keine Mitteilung gemacht hat.
3. Daß am 1. Juni höhere Dienststellen die Absicht hatten, Marlos in eine Kerpensheilanstalt zu bringen.
4. Ob Marlos von höheren Dienststellen offiziell oder inoffiziell unterstützt wurde und ob eine Unternehmung Marlos vorher angefragt war.
5. Ob der Angeklagte die Flucht Marlos militärischen Dienststellen und Hauptmann Papp mitteilte und diesen um seinen Rat fragte.

Die Vernehmung des Kriminalkommissars Wittmann wird als unerschiedlich abgelehnt, da der Sachverhalt geklärt sei. Damit wird die Verhandlung um 3 Uhr abends auf Montag nachmittag vertagt.

## Wirtschaft.

### Gebundene oder freie Wirtschaft?

Es tobt der Kampf um die zukünftige Wirtschaftsform. Da manche unserer Genossen, namentlich diejenigen, die häufig unterwegs sind, oder den „Vorwärts“ nicht regelmäßig haben erhalten können, diesen oder jenen wichtigen Aufsatz übersehen haben, lenken wir ihre besondere Aufmerksamkeit auf die lehrreichen Aufsätze: Nr. 35 vom 20. Januar: „Um die Zwangswirtschaft“; Nr. 58 vom 1. Februar: „Neugründung für die freie Wirtschaft“; Nr. 61 vom 3. Februar: „Freimache der Kartoffeln“; Nr. 69 vom 7. Februar: „Wirtschaftsstatuten und Ablieferung“.

Solche Aufsätze muß sich jeder Parteigenosse, der wirtschaftspolitisch aufklären will, sammeln, um sie jederzeit in Bereitschaft zu haben.

### Die Kaufkraft der Mark im Ausland.

Man kauft in Köln am 7. Februar:

	am 24. Jan.	am 3. Jan.
1 englische Pfundnote mit 355 M.	290 M.	180 M.
100 französische Franken	717	457
100 belgische Franken	725	465
100 schweiz. Franken	1725	894
100 holländ. Gulden	3925	1890
100 rumänische Lei	136	135
1 amerikanisch. Dollar	105-106 M.	

### Versteuerung der ausländischen Depots in der Schweiz.

Der Nationalrat beschloß eine Besteuerung der von Ausländern in den Schweizer Banken untergebrachten Depots. Von Seiten des Bundesrats wurde gegen den Antrag eingewendet, daß er ohne Aufhebung des Bankgeheimnisses undurchführbar sei, aber die zuständige Mehrheit der Versammlung bestand auf ihrem Willen. Indessen ist es wahrscheinlich, daß der Antrag im Ständerat schon aus verfassungsmäßigen Gründen nicht durchbringen wird, dagegen erklärte sich der Bundes-

rat bereit, in eine Prüfung der Frage einzutreten, wie man die von Finanzkreisen auf 15 bis 20 Milliarden geschätzten Vermögen der Ausländer zu einer der allgemeinen schweizerischen einigermahen entsprechenden Besteuerung heranziehen könne. An eine Aufhebung des Bankgeheimnisses ist kaum zu denken, da man davon allgemein eine Flucht der sämtlichen Auslandsvermögen befürchtet, und somit eine schwere Schädigung der Schweizer Banken.

Die Wahrung des Bankgeheimnisses in der Schweiz. Die „Frankf. Zig.“ meldet: Im Schweizer Nationalrat stellte eine Minoritätsmehrheit von Sozialdemokraten und Bauernvertretern den Antrag, das Bankgeheimnis aufzuheben, d. h. sämtliche Geldinstitute müßten den Einlagenbescheidern jede Auskunft erteilen und sich allen Kontrollmaßnahmen unterziehen. Der Vertreter der Sozialdemokraten erklärte, daß nur die volle Öffentlichkeit den Steuerbetrag zum Bewußtwerden bringen könne. Der Vertreter der Bauernschaft äußerte die Ansicht, das Bankgeheimnis diene nur dem Großkapitalismus. Seine Aufhebung würde den gesamten Mittelstand entlasten. Der Präsident der katholisch-konserativen Fraktion bestreift aufs schärfste den Antrag. Das Bankgeheimnis könne nur auf ordnungsmäßig-gesetzlichem Wege und nicht durch eine Volksabstimmung aufgehoben werden.

### Salutajuden der Strohhüttenindustrie.

1918 wurde den Fabrikanten von Strohhüten der Bezug von Rohmaterial aus der Schweiz von der deutschen Regierung nur unter der Bedingung gestattet, daß 30 Proz. bezahlet werden dürften, während die restlichen 70 Proz. bei bittigen Banken hinterlegt wurden. Diese 70 Proz. sollten zum Teil am 1. Oktober 1919 gezahlet werden. Durch die stetige Verteuerung der Schweizer Franken ist auf diese Lieferungen ein außerordentlich hoher Zuschlag entfallen, dessen Bezahlung außerordentliche Schwierigkeiten macht. Es gibt Firmen, welche jetzt etwa 500 000 M. Salutadifferenz bezahlen sollen. 1 1/2 Jahre nach Einführung und Verkauf der Voren. Es sind in der Strohhüttenindustrie jetzt 9-11 Millionen Mark Salutadifferenzen fällig. Eine Beteiligung des Reiches mindestens an solchen Verlusten, denen nicht außerordentliche Gewinne gegenüberstehen, wird verlangt werden. Was werden wohl die Strohhüte im kommenden Sommer demnach kosten!

Höchstpreis für Relasse. Der Höchstbetrag des Uebernahmevertrages für Relasse mit einem Jutzgehalte von 50 Proz. wird auf 13,82 M. für 50 Kilogramm erhöht.

## Gewerkschaftsbewegung

### S. P. D.-Fraktion der Metallarbeiter.

Die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Mitglieder des Metallarbeiterverbandes hielten am Freitag eine Versammlung ab, die den mehrere tausend Personen fassenden großen Saal der Neuen Welt bis auf den letzten Platz füllte. Der Vorsitz eines Hansens Kandidaten, sich mit Gewalt Eingang zu erzwingen, wurde von den Türhütern mit Erfolg zurückgewiesen.

In der Hauptversammlung handelte es sich um die Besetzung einer Stellungsstelle zu dem naturwissenschaftlichen Bereich der Generalversammlung auf Vortragsverhörung. Der Referent Kammerad führte aus, die unter Umgehung des Statuts beschlossene Beitragsverhöhung hat die Folge gehabt, daß ein Teil der Mitglieder überhaupt keinen Beitrag mehr zahlte und andere noch weitergegangen sind, indem sie sich Organisationen angeschlossen haben, die nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehen. So etwas dürfen die S. P. D.-Mitglieder natürlich nicht mitmachen. Sie müssen in ihrer alten Organisation bleiben, müssen die Beiträge zahlen und im übrigen alles tun, um sich ihre Gleichberechtigung innerhalb des Verbandes zurückzuerobern. Zu diesem Zweck ist es aber in einer so großen Veranstaltung wie dieser nötig,

daß sich die S. P. D.-Mitglieder eine Führung und Leitung wählen,

welche die Interessen der S. P. D.-Kollegen innerhalb des Verbandes wahrnehmen. Die S. P. D.-Fraktion wird in ihren Versammlungen zu allen Verbandsangelegenheiten Stellung nehmen. Da auch in der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission den Standpunkt vertreten hat, bei den Betriebsräten nicht nur Anhänger des revolutionären Rotgedankens zu berücksichtigen, so wird die S. P. D.-Fraktion den Wahlkampf unter der Parole führen:

### Für die Richtlinien des Nürnberger Gewerkschaftskongresses.

Die nächste Aufgabe der zu wählenden Fraktionsleitung soll sein, wegen der statutenwidrig beschlossenen Beitragsverhöhung eine Beschlusse an den Hauptvorstand zu richten. Die Beschlusse wird zu seinen Erfolg haben, denn die Mitglieder des Hauptvorstandes sind ja von demselben Geiste befallen wie die Berliner Ortsverwaltung. Sie stehen auf dem Boden der Diktatur und erkennen die Rechte der Minderheit nicht an. Aber trotzdem sollen alle Mittel, die die Organisation und an die Hand gibt, ausgenutzt werden und nichts unerlaubt bleiben, was uns zu unserem Recht verhelfen kann. Der Verband ist nicht für eine bestimmte politische Richtung da, sondern für alle Metallarbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Dem Vorstandsdirektor Loth (H. S. P.), der ohne Wiedereinlassung wurde und als Statutenänderer verlängerte Redezeit erhielt, sagte, er konnte im Augenblick nicht entscheiden, ob bei dem Beschlusse über die Beitragsverhöhung das Statut oder die Sonderrechte der Berliner Mitglieder verletzt seien. Der Hauptvorstand werde diese Frage auf Antrag der Beschlusse objektiver prüfen. Bezüglich der Gegenfrage im Verband suchte er der Redner so hinzuzufügen, als ob es gar keine Verhandlung zur Fraktionsbildung der S. P. D. gebe. Er bedauerte, daß sich die Verhältnisse in Berlin so zugespielt haben, denn der Kampf in der eigenen Organisation diene doch schließlich den Interessen derjenigen, gegen die die Arbeiterorganisation zu kämpfen hat.

Zerstreute, der mit den Treibern der Unabhängigen im Verband stark im Verkehr ging, verwies darauf, daß diese das Wort für Fraktionsbildungen im Verband gegeben haben, denn ohne solche Vorbereitungen würde es auf dem Stuttgarter Verbandstag nicht nach dem Wunsch der Unabhängigen, die ja nicht die Mehrheit der Mitglieder hinter sich haben, geklappt haben. Der Hauptvorstand solle nur dafür sorgen, daß nicht Mitglieder wegen ihrer politischen Stellung in ihren Rechten verkürzt werden.

Gegen die Beschlusse ebenfalls Beweise dafür an, daß die Unabhängigen schon während des Krieges in besonderen Zusammenkünften gegen die damalige Verbandsleitung mobil gemacht haben. Schon im Jahre 1917 habe Redoute in einer Versammlung, die von den sog. revolutionären Elementen einberufen war, gesprochen. Da wurde für den nächsten Tag die Abwahl der leitenden Organe beschlossen und auch ausgeführt. Als die Kollegen draußen waren, sich sich keine der revolutionären Führer sehen. Die Unabhängigen kamen dann zu Gohren, fragten, was sie tun sollten, und erhielten den Rat, die Arbeit wieder aufzunehmen. — Wenn es dem Hauptvorstand ernst sei mit einer Versöhnung, dann solle er das durch die Tat beweisen, indem er den berechtigten Forderungen der S. P. D.-Mitglieder Rechnung trägt und dafür sorgt, daß sie bei den Wahlen zu den Betriebsräten mit auf die Liste gesetzt und auch in jeder Hinsicht als gleichberechtigte Verbandsmitglieder behandelt werden. In den Betriebsräten ist mit dem großen Rand nichts zu erreichen, da muß praktisch und mit Uebereinstimmung gearbeitet werden. (Beifall.)

Mit allen gegen fünf Stimmen wurde folgender Beschlusse gefaßt:

Die am 8. Februar 1920 im Lokal „Neue Welt“, Hofenheide, veranstalteten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes protestieren dagegen, daß die von der Generalversammlung am 1. Februar beschlossene Beitragsverhöhung nicht vor ihrem Inkrafttreten, so wie es der § 8 des noch geltenden Statutensatzes vorsieht, einer Abstimmung unterzogen wird. Die Beschlusse beantragt, den gewählten Fraktionsvorstand, gegen diese Statutenwidrigkeit beim Vorstand des Ver-

